Nr. 220 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 5. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in die Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Sozialisierung der deutschen Kohlenwirtschaft

Bericht der Sozialisierungskommission

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Sozialisierungskommission hat nach viermonatiger Arbeit am 31. Juli ihre Arbeiten über die Sozialisierung der deutschen Kohlenwirtschaft (Produktion und Verteilung) abgeschlossen und Bericht darüber erstattet. Die Kommission spaltete sich im Endergebnis in zwei Gruppen. Die eine vertritt die sofortige Vollsozialisierung in derselben Richtung wie die Kommission des Vorjahres, mit dem Unterschied, daß aus der damaligen Mehrheit eine Minderheit geworden ist. Die andre Gruppe schlägt eine allmähliche Sozialisierung unter vorläufiger Nichtausschaltung des Privatkapitals vor und ist diesmal die Mehrheit. Sämtliche Mitglieder der Kommission stimmen darin überein, daß eine weitgehende Ausschaltung kapitalistischer Gewinne im Kohlenbergbau geboten ist. Die überwiegende Mehrheit ist darüber hinaus der Meinung, daß eine Ueberführung des Bergbaues auf ausschließlich gemeinwirtschaftliche Grundlage unter Ausschaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Erfordernis bildet. Nur über den Zeitpunkt der Durchführung ergaben sich Meinungsverschiedenheiten. Auch darin besteht Uebereinstimmung, daß die Umgestaltung die gesamten privaten und staatlichen Kohlenbergwerke (Stein- und Braunkohle) umfassen soll, sowie die Brikettherstellung, die Verkokung und die direkte Gewinnung von Nebenprodukten, ebenso den Großhandel. Enteignungen sollen nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden.

1. Der Mehrheits-Vorschlag

Hauptziel ist die Durchsichtigmachung des Produzententums und die Verstaatlichung des Syndikats laut Gewerkschaftsabkommen. Wegen der gegenwärtig gefährdeten Wirtschaftslage und der im Unternehmergeist liegenden Produktionskräfte kann sich die Mehrheitsgruppe nicht für eine sofortige völlige Ausschaltung des Privatkapitals entschließen. Daher wurde der Versuch gemacht, zwar den Unternehmer als verantwortlichen Aufseher und Beteiligten der Wirtschaft zu erhalten, ihm aber alle Monopolrechte und Aussichten auf Differentialrenten (die Mehrgewinne der unter günstigerer Abbaulage arbeitenden Werke), ferner die Bestimmung des Preises und Gewinnes, die Leitung der gewerblichen Politik zu entziehen, seine Wirtschaft durchsichtig und kontrollierbar zu machen und seinen Besitz im Verlauf eines gesetzlich festgelegten Zeitraumes (nicht über 30 Jahre) zugunsten der Allgemeinheit zu enteignen. Der bisherige Reichskohlenverband (die selbständige Vereinigung der Syndikate) wird aufgelöst. Statt seiner wird der Reichskohlenrat der einzige Gesamtträger der deutschen Kohlenwirtschaft, der die Funktionen eines Zentralsyndikats übernimmt. Der Reichskohlenrat ist kein privatwirtschaftliches Gebilde, sondern eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die alle Ueberschüsse dem Reichshaushalt überweist. An ihn sind alle Erzeugnisse des Kohlenbergbaues zum Selbstkostenpreis der Werke abzuliefern bzw. ihm zur Verfügung zu stellen; er nimmt die Rechnungslegung aller Werke in die Hand, hier sammeln sich alle Gewinne, von hier aus wird die gewerbliche Politik der Kohlenwirtschaft geleitet, er setzt die Verkaufspreise fest sowie die den Werken zu leistenden Zuwendungen, ihm steht es frei, Verbesserungen der Betriebsmittel zu verlangen und die erforderlichen Aufwendungen zur Verfügung zu stellen, Werke aufzukaufen oder stillzulegen, Werke zusammenzulegen, Kohlenfelder zu enteignen und neue Betriebe zu eröffnen. Die Erschließung neuer Felder durch private Unternehmer ist untersagt.

Die Preispolitik des Reichskohlenrats wird nach der Richtung orientiert, daß die an die Erzeuger vergüteten Selbstkosten die Gestehungskosten ergeben. Zu diesen treten die Verkaufszuschläge. Nach Abzug der Betriebsunkosten verbleibt in der Hand des Reichskohlenrats der Gewinn. Die Verkaufszuschläge sind so zu bemessen, daß daraus zu decken sind: Verzinsung und Rückzahlung der Werksschulden, Verzinsung und Tilgung der Investitionen der Werke, Verzinsung des verantwortlichen Betriebskapitals, Prämien für Mehrerzeugung und Erzeugungsverbilligung, die Tilgung des Besitzübernahmekapitals, gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Vergütungen oder Preisermäßigungen, die der Reichskohlenrat festsetzt.

Der Reichskohlenrat wird aus Betriebsleitern, Angestellten, Arbeitnehmern, Verbrauchern und Sachverständigen zusammengesetzt. Ueber die Art der Zusammensetzung werden spezielle Vorschläge nicht gemacht. Die Funktionen des Reichskohlenrats werden durch ein von ihm zu bestellendes Direktorium ausgeübt. Außerdem bildet er Fachausschüsse zur Bearbeitung technischer und sozialpolitischer Fragen. Die örtlichen Einzelsyndikate sind dem Reichskohlenrat als reine Verkaufsstellen angegliedert; sie dürfen keine Gewinne machen und können später als Handelsfilialen mit dem Reichskohlenrat verbunden werden. Die Einzelunternehmungen stehen zum Reichskohlenrat im Verhältnis von privaten, im Lohn arbeitenden Erzeugungsstellen, deren Betriebe zur gegebenen Zeit vom Reichskohlenrat übernommen werden.

2. Der Minderheits-Vorschlag

vertritt den Gedanken der sofortigen Vollsozialisierung, in der Annahme, daß eine Sozialisierung nur dann von Erfolg begleitet sein könne, wenn sie den Gegensatz des privaten zum Allgemeininteresse aufhebe und nicht die Vertreter beider Interessen zwinge, zusammenzuarbeiten. Trotzdem will er durch bestimmte Maßnahmen die private Initiative möglichst nutzbar machen. Diese Gruppe hat einen Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes ausgearbeitet. Als einheitlicher Gesamtträger der Kohlenwirtschaft ist darin ebenso die Deutsche Kohlengemeinschaft gedacht, eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die sämtliche zugehörigen Unternehmungen umfassen soll, alle Angelegenheiten des deutschen Kohlenbergbaues und seiner Anhänge im gemeinwirtschaftlichen Dienst verwaltet und die Ein- und Ausfuhr regelt. Sie soll alle privaten und staatlichen Werke gegen Entschädigung in Eigentum übernehmen, sie hat das ausschließliche Nutzungsrecht, sie darf unverritzte Felder gegen Entschädigung übernehmen und event. enteignen. Enteignung und Entschädigung regelt ein besonderes Gesetz. Die bestehenden Privatregale und Abbaurechte werden durch besonderes Gesetz aufgehoben oder auf die Deutsche Kohlengemeinschaft überführt. Alle Ueberschüsse der selbständig handelnden und mit kaufmännischer Buchführung arbeitenden Deutschen Kohlengemeinschaft fließen der Reichskasse zu. Die Festsetzung der Kohlenpreise bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

Die Organe der Deutschen Kohlengemeinschaft sind der Reichskohlenrat und das Reichskohlendirektorium.

Der Reichskohlenrat soll nach dem Entwurf der Minderheit aus 100 Mitgliedern zusammengesetzt sein, und zwar 15 Leitern der Bergbaubezirke und Betriebe, 25 Arbeitern und 10 Angestellten der Deutschen Kohlengemeinschaft, 15 der verbrauchenden Industrien und 10 von den letzten Verbrauchern gewählten Vertretern; 5 Mitglieder sollen vom Reichstag, fünf vom Reichswirtschaftsrat, 15 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder vom Reichskanzler ernannt werden. Das Wahlverfahren bestimmt der Reichswirtschaftsminister.

Das Reichskohlendirektorium, 5 Mitglieder, bestellt nach diesem Entwurf der Reichskohlenrat auf fünf Jahre. Die Mitglieder erhalten feste Bezüge und können jederzeit vom Reichskohlenrat mit Zweidrittel-Mehrheit abberufen werden. Das Direktorium führt die Geschäfte der Kohlengemeinschaft mit einer der Privatwirtschaft analogen Bewegungsfreiheit, die nur durch den jährlichen Wirtschaftsplan und die vom Reichskohlenrat zu gebende Geschäftsordnung begrenzt wird. Bei Errichtung neuer Werke, Stillegung und Zusammenlegung, Abgrenzung der Bergbaubezirke und Betriebseinheiten und bei Tarifverträgen ist die Zustimmung des Reichskohlenrats notwendig.

Das Bergbaugebiet wird in etwa 20 Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk ist einem Generaldirektor, jedes Unternehmen einem Direktor unterstellt, die auf Privatdienstvertrag mit festen Bezügen und Sondervergütungen angestellt sind.

Der Kohlengroßhandel kann nach dem Minderheitsvorschlag vom Reichskohlenrat ebenfalls in gemeinwirtschaftlicher Form geregelt werden; Enteignungen gegen Entschädigung. Die Verteilung des Hausbrandes übernehmen die Gemeinden, die als Organe Genossenschaften oder Kleinhandel benutzen können. Der Aus- und Einfuhrhandel wird vom Reichskohlendirektorium geleitet, das sich der kaufmännischen Vermittlung bedienen kann. Zur Belebung der persönlichen Initiative sollen auch bei Angestellten und Arbeitern neben festen Bezügen Leistungsprämien gewährt werden.

Entspannung

Die Auseinandersetzungen, die zwischen Berlin und Paris in der französischen Sühneforderung wegen der Breslauer Vorgänge gepflogen wurden, scheinen vor ihrem Ende zu stehen. Sowohl in Berlin, wie in Paris wird das Ja unter die Einigungsformel gesetzt. Deutschland hat die ganzen fünf Punkte der französischen Forderung angenommen. Die restlichen Punkte schienen unannehmbar. Man hat darüber verhandelt und die Franzosen haben, wie selbst Pariser Pressestimmen besagen, nachgegeben. Nicht der deutsche Reichskanzler, den Herr Millerand verlangt hatte, wird zur Entschuldigung bei Herrn Laurent vorfahren, sondern der Außenminister Simons und der preußische Innenminister Severing werden die Entschuldigung überbringen, und die geforderte Bestrafung des Hauptmanns v. Arnim wird sich voraussichtlich in der denkbar mildesten Form, seiner Versetzung in eine Provinzgarnison, vollziehen.

Mit Genugtuung ist es zu begrüßen, daß die Franzosen von ihrer bisher gegen Deutschland geübten Verhandlungspraxis, die in Wahrheit ja nur eine Praxis der Diktatur war, abgegangen sind, um so mehr, als sie im Falle Breslau das formale Recht zweifellos für sich hatten. Wie der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, soeben bekanntgegeben hat, sind im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages alle Parteien einschließlich der Deutschnationalen der Meinung gewesen, daß die Vorgänge in Breslau uns formal ins Unrecht setzen, und die preußische Regierung habe denselben Standpunkt eingenommen, als sie kurzerhand den Breslauer Polizeipräsidenten Eugen Ernst seines Amtes enthoben hat. Zwischen der Stürmung des polnischen Konsulats in Breslau und dem Sturm auf das französische Konsulat lag ein Zeitraum von einer halben Stunde, der durchaus hätte genügen müssen, um Sicherungsmaßnahmen für das französische Konsulat zu treffen. Aber der Breslauer Polizeipräsident Eugen Ernst war an zwei Tagen der Kundgebungen, an denen Spannungen mit Sicherheit vorauszusehen waren, per Auto über Land gefahren, und anscheinend hatte er sich auch nicht darum gekümmert, ob im Falle seiner Abwesenheit wenigstens der Kommandeur der Sicherheitspolizei im Dienste war.

Aber wie gesagt, man darf es vielleicht als günstiges Symptom buchen, daß die Franzosen, entgegen den Wünschen ihrer chauvinistischen Presse, die Sache nicht auf die Spitze treiben und der Berliner Regierung gerade in jenem Punkte nachgegeben haben, die über eine gerechte Sühne das deutsche Ehrgefühl verletzen mußte. Eine Basis wurde darin gefunden, daß nach der neuen Verfassung der Reichskanzler nicht mehr wie früher die Verantwortung für das trägt, was fern von ihm im Bereiche der einzelnen Ressorts geschieht. Da die jetzige Erledigung des Zwischenfalles im auswärtigen Ausschuß den Wünschen aller Parteien entgegengekommen ist, darf erwartet werden, daß auch der deutschen Regierung im Lande selbst keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden. Was einzelne Unterorgane in Erfüllung der Sühneforderung zu tun haben, muß so geschehen, daß es nicht wieder, wie nach dem 14. Juli, den Franzosen Anlaß zu neuen Einwendungen gibt und weiterhin darf uns auch die berechtigte nationale Erregung kein zweites Breslau bescheren.

•

Ein Nachgeben der Franzosen

* Paris, 4. September. Das „Journal des Débats" betont, daß Frankreich die Sühneforderung auf Verlangen Deutschlands geändert habe. Die Franzosen äußern die Erwartung, daß ihre Haltung in dieser Frage als Beweis der Mäßigung gewürdigt werden wird. Der Verzicht auf den Entschuldigungsbesuch des Reichskanzlers wird damit begründet, daß man sich auf französischer Seite davon überzeugt hat, daß der Reichskanzler nach den Bestimmungen der deutschen Verfassung für die Breslauer Vorfälle verfassungsrechtlich nicht verantwortlich ist.

B Berlin, 4. September. (Eig. Drahtbericht.) Auf den deutschen Vorschlag, in einen Meinungsaustausch über die strittigen Fragen einzutreten, ist bisher keine Antwort aus Paris eingegangen. Der Botschafter Laurent ist ohne neuere Instruktionen seiner Regierung.

* Berlin, 4. September. Nach dem „Lokalanzeiger" dürfte in strittigen Punkten der französischen Note zwischen Deutschland und Frankreich eine Einigungsbasis gefunden werden. Es verlautet, daß die Franzosen befriedigt sind, wenn statt des Reichskanzlers der Außenminister Simons und der preußische Innenminister Severing einen Entschuldigungsbesuch beim französischen Botschafter Laurent machen. Auch dürften sie nicht mehr darauf bestehen, daß Hauptmann v. Armin disziplinarisch bestraft wird. Sie werden sich mit seiner Versetzung in eine Provinzstadt begnügen.

•

Abgang des Breslauer Polizeipräsidenten

Der Regierungspräsident in Breslau hat die auf die Ermittlung der bei den Vorfällen am 26. August beteiligten Personen ausgesetzte Belohnung von 3000 auf 15 000 Mark erhöht.

Der Polizeipräsident von Breslau, Ernst, wurde durch Beschluß der preußischen Staatsregierung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. — Der „Vorwärts" bemerkt dazu: Genosse Ernst ist ein entschiedener Gegner aller nationalistischen Ausschreitungen. Niemand wird ihm zumuten, daß er mit dem Angriff auf das französische Konsulat in irgendeiner Weise sympathisierte. Trotzdem muß er über die Klinge springen, weil man ihn als den Chef der Sicherheitspolizei für deren Versagen verantwortlich macht. Es fällt uns nicht ein, uns über diese Maßnahme, die aus internationalen Gründen notwendig geworden ist, aus Gründen persönlicher Parteizusammengehörigkeit zu beklagen.

•

Neue polnische Aufstachelung

+ Kattowitz, 4. September. (Eig. Drahtbericht.) Noch immer machen die Besatzungstruppen keine Anstalten, die Insurgenten zu entwaffnen. Dagegen machen sich bei den Polen Vorbereitungen für einen neuen Putsch bemerkbar. Die Polenführer sollen aus Warschau die Weisung erhalten haben, in möglichst kurzer Zeit die oberschlesischen Städte in ihren Besitz zu bringen, andernfalls ihre Bezüge eingestellt würden.

•

Bleibende Unsicherheit in Kattowitz

Im Landkreis Kattowitz herrscht nach gestrigen Meldungen nach wie vor die größte Unsicherheit. Besonders unsicher sind die Verhältnisse in Boguschütz, Reichenau und Schoppinitz. Auch im Kreise Pleß ist die Lage nach wie vor unsicher. In Orzesch bei Tarnowitz wurde nun in der vergangenen Nacht ein Gastwirt und seine Frau erschlagen.

Der Streik in Württemberg beendet

Wie vom Wolffbureau unter dem gestrigen Tage aus Stuttgart gemeldet wird, ist der Generalstreik beendet. Die Arbeit wird Montag wieder aufgenommen. Die Versammlung der Betriebsräte hat die zwischen den Unternehmern und Arbeitern im Beisein der Regierung getroffenen Vereinbarungen noch anzuerkennen. Alle Streikenden und Ausgesperrten, die sich keine schweren Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen, werden wieder eingestellt; die Streiktage werden nicht bezahlt. Von der letztgenannten Entscheidung hat die Kommission lediglich Kenntnis genommen und will die Entscheidung der ordentlichen Gerichte und des Landtages herbeiführen.

Diese Vereinbarungen bedeuten eine glatte Niederlage der Urheber des Generalstreiks. Für die Daimler-Motorengesellschaft, die sich an den Verhandlungen nicht beteiligt hatte, da sie in der Frage der Wiedereinstellung andrer Meinung war, werden unter Mitwirkung der Regierung neue Verhandlungen geführt werden.

•

Neue Zwischenfälle in Frankfurt

Zu neuen Zwischenfällen ist es am Donnerstag am Eschenheimer Tor in Frankfurt a. M. gekommen, wo ein Trupp junger Leute in das Volksbildungsheim eindrang, in dem die Deutsche Volkspartei eine Sedanfeier veranstaltete. Sie forderten die Auflösung der Versammlung und besetzten die Eingänge. Als die Besucher den Saal verließen, mußten einige die Hände hochheben und wurden untersucht. Als Sicherheitswehr eintraf, stob die Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, auseinander. Es wurden einige Schüsse abgegeben, doch steht noch nicht fest, ob jemand verletzt wurde.

Die erfüllten Kohlenverpflichtungen

Im französischen Senat teilte der Arbeitsminister mit, daß die deutschen Kohlenlieferungen vom 1. bis 28. August 1 537 004 Tonnen betrügen. Mit Berücksichtigung der Lieferungen der drei letzten Tage des August beziffern sich die Augustlieferungen auf über 1,6 Millionen Tonnen. Das Frankreich durch die Reparationskommission unter Zugrundelegung des Abkommens in Spa zugebilligte Kontingent betrage 1 550 000 Tonnen.

•

Dank an die Bergarbeiter

Der Deutsche Kohlenausschuß hat in seiner Sitzung vom 2. September folgenden Beschluß gefaßt: Der Kohlenausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erkennt aus den gegebenen Berichten über die Kohlenlage, daß die deutsche Wirtschaft durch die Opferwilligkeit der Beteiligten und durch die Leistung von Ueberschichten bisher vor dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt wurde. Er dankt für die Opferwilligkeit und bittet, hierin nicht nur nicht zu erlahmen, sondern die Leistungen noch nach Kräften zu erhöhen, damit unser Wirtschaftsleben auch in der nächsten Zeit mit ihren noch größeren Schwierigkeiten vor dem Aergsten bewahrt und soweit wie möglich Not und Elend von allen Mitbürgern, insbesondere Arbeitslosigkeit und Hunger von Millionen deutscher Arbeiter- und Angestelltenfamilien ferngehalten wird.

Besiegte Sieger

Von unserm ⊡-Korrespondenten

Rom, Mitte August

Vor einigen Tagen wurde die Kammer geschlossen und die Herren Onorevoli konnten sich aus der immer afrikanischer werdenden Hitze, dem Staub und dem Dunst der Hauptstadt in die kühle Einsamkeit ihrer Wahlbezirke flüchten. Sie haben sich ihre Ferien in den letzten beiden Monaten noch redlich verdient, nachdem sie den größten Teil der Legislaturperiode vorher mit allerhand unfruchtbarem Gezänk, das nicht selten in Handgreiflichkeiten ausartete, erfüllt hatten. Seit acht Wochen saß eben nicht mehr der kleine, fette, joviale Herr Nitti, sondern der lange, hagere, schweigsame Giolitti, eine Gestalt von halb großbäuerlichem, halb kriegsmännischem Zuschnitt, in der Mitte der Regierungsbank. Nittis Autorität, von vornherein durch seine kluge und rechtzeitige Erkenntnis der europäischen Gesamtlage im Ausland mehr befestigt als in Italien selbst, wo er eine recht schwächliche und klägliche Polizeipolitik betrieb, war von Ministerium zu Ministerium mehr gesunken. Er hat deren bekanntlich nicht weniger als drei gebildet, oder besser: zweieinviertel; denn sein letztes brach schon am ersten Tage zusammen und machte den Weg frei für den alten Zauberer aus Piemont, Giolitti.

Dieser, heute nahe an achtzigjährige, aber an Körper und Geist noch gleich frische Mann, ist der eigentliche Schöpfer des modernen Italien. Mit seiner klugen, hausväterlichen Finanz- und seiner großzügigen und modernen Sozialpolitik, die er in den ersten anderthalb Dezennien des Jahrhunderts während seiner langen Ministerien führte, hat er erst das Land wirklich in den Stand gesetzt, eine Rolle als Großmacht zu spielen. Völker kennen keine Dankbarkeit: von Themistokles bis auf Bismarck sind sie stets kindlich-grausam und undankbar mit ihren größten Männern umgesprungen. Giolitti hat ein besseres Los als sie nur dadurch erlebt, daß ihm ein gütiges Geschick ein so langes Leben schenkte, daß er noch den Triumph seiner vollkommenen Rehabilitation, eines reuigen und zerknirschten pater peccavi seiner Nation, erleben konnte. Nachdem sie im Jahre 1915 über seine Meinung und Warnung zur Tagesordnung und unter kaum verhaltener Vermeidung des krassen Vertragsbruches zu den Armeen des Dreibundes übergegangen war, in dessen Schutz und Schatten Italien jahrzehntelang seine weltpolitische Rolle hatte spielen können, nachdem damals nicht viel gefehlt hätte, daß Giolitti als „Vaterlandsverräter" an die Wand gestellt und erschossen worden wäre, rief ihn eben diese Nation wieder als den einzig möglichen Retter des Vaterlandes an ihre Spitze. Nichts kennzeichnet heute besser die Situation der Italiener, in die sie durch ihr leichtfertiges Eingreifen in den Weltkrieg geraten sind, als diese nachträgliche Rechtfertigung des großen „Neutralisten".

Mehr und mehr erkennen die Italiener, welchen Fehler vor allem in der äußeren Politik sie durch die Mithilfe an der Zertrümmerung Oesterreichs und der Zerrüttung Deutschlands gemacht haben. Aus Angst vor einer eingebildeten germanischen Vorherrschaft haben sie sich in eine angelsächsische drückendster Art begeben. Vielleicht erschiene ihnen diese an sich nicht einmal so drückend; denn Italien mit seinen offenen Häfen und ungeschützten Küsten ist an eine mehr oder minder große Abhängigkeit von der gewaltigsten Seemacht der Welt seit langem gewöhnt, und diese Abhängigkeit hat gewiß nicht zuletzt zum Abbruch der Beziehungen zu Englands Feinden beigetragen. Daß die englische Macht jedoch sich in der Form einer Kontinental-Hegemonie Frankreichs, das ja heute nichts andres als Englands Fronvogt auf dem Festland ist, ausspricht, das dünkt den Italienern unerträglich. Die Deutschenfeindlichkeit, die ja überhaupt nicht sehr tief ging und selbst während des Krieges nur in den oberitalienischen Großstädten sich leidenschaftlicher gebärdete, ist einer heftigen Abneigung gegen die Franzosen gewichen, die man auch hier als die Störenfriede der Weltruhe ansieht. Ihre Haltung auf der Konferenz von Spa, zumal ihre unverhüllten Absichten auf das Ruhrgebiet, nachdem sie sich bereits das lothringische Erz und die Saarkohle angeeignet haben und ihrem polnischen Satrapen Oberschlesien zuschanzen wollen, hat auch den verbissensten und besitzfensten Anhängern der „lateinischen Verbrüderung" die Augen über den französischen Imperialismus geöffnet, der sich auch hier noch in wirtschaftlicher Form neben der allein bisher überwiegenden militärischen kundgab. Da die Italiener ferner vermuten, daß die andauernden Schwierigkeiten, die sie von den beiden durch die Westmächte geschaffenen Halbgroßstaaten der Serben und Griechen erfahren, wenn nicht von Frankreich direkt geschürt, so doch indirekt unterstützt und auf jeden Fall gern gesehen werden, so befürchten sie geradezu, daß die gegen Deutschland so bewährte Einkreisungspolitik nun auch gegen Italien, das sich ja in einer ähnlichen Mittellage befindet, angewandt werden soll.

Diese Schicksalsgleichheit läßt die Italiener immer eifriger nach Norden scheuen und immer aufmerksamer die Zeichen für eine Wiedergesundung Deutschlands verfolgen. Ganz abgesehen von ihrer versöhnlichen Haltung in Spa, die viel zur Entspannung der Lage zwischen der Entente und Deutschland beigetragen hat, kann man zum Beispiel das Gefühl, mit dem die italienische Oeffentlichkeit die polnischen Ereignisse aufnimmt, nicht gut anders denn als Schadenfreude bezeichnen. Einmal schon deshalb, weil die polnische als eine Niederlage des französischen Rivalen angesehen würde, dann aber auch, weil die Stärkung der russischen als eine Stärkung der deutschen Stellung erscheint und so Italien wieder die Hoffnung hat, wie vor dem Krieg zwischen einer östlichen und einer westlichen Mächtegruppe das Zünglein an der Wage zu bilden. So wurde auch die Ankündigung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200905/1